

Anschlussgefahren und Anschluss Tendenzen in der liechtensteinischen Geschichte

Peter Geiger

Liechtenstein gilt in der Staatenwelt als Phänomen, als merkwürdiges, der Geschichte entwachsenen, ja entronnenes Naturspiel, da doch sonst kleinere staatliche Gebilde in der Neuzeit in grösseren und grossen Staaten aufgingen. Das «Übrigbleiben» findet in manchen Charakterisierungen Niederschlag, wenn Liechtenstein etwa als «letzte deutschsprachige Monarchie»,¹ als «letztes Reichsfürstentum» oder gar als «Reliquie»² bezeichnet wurde, also als sorgsam bewahrtes und verehrtes, aber totes Knöchelchen vom lang verblichenen Körper des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation. Mit Verwunderung wird zur Kenntnis genommen, dass das Fürstentum sich als selbständiger, souveräner Staat zu erhalten vermocht hat,³ obwohl klein, unbewaffnet, monarchisch und demokratisch zugleich, seit dem Zweiten Weltkrieg auch zunehmend reich.

Das kleine Land und seine Bewohner waren denn auch im Laufe der Geschichte immer wieder vom Aufgehen in grösseren Gebilden bedroht. Im dafür im 20. Jahrhundert verwendeten und belasteten Begriff «Anschluss» stecken zwei Aktionsrichtungen: Anschluss als Einverleibung aufgrund äusseren Zwangs und Anschluss aus eigenem Willen als Selbstaufgabe. Beides, Zwang von aussen und Drang von innen, mochte gelegentlich zusammenwirken.

Hier soll für einmal der Blick unter der Anschluss-Fragestellung über die liechtensteinische Geschichte schweifen. Wann und wie bestanden für Liechtenstein Anschlussvorstellungen und Anschlussgefahren? Warum realisierten sie sich nicht? Aus den Ergebnissen wird auch die Frage, warum sich Liechtenstein selbständig erhalten konnte, teilweise beantwortet werden. Dabei wird ein Bestimmungsmerkmal Liechtensteins, seine Kleinheit

¹ So bei Alexander Ignor, *Monarchisches und demokratisches Prinzip in der liechtensteinischen Verfassungsentwicklung*, in: Press/Willoweit, 467.

² So in einem «volksdeutschen» Exposé vom 25. Februar 1941, LLA GS 78/358 (Dok. G).

³ Z. B. Georges Scelle (Paris) 1949 im Vorwort zur 1. Ausgabe von Raton, 10.

eben, sich sowohl als Voraussetzung für Anschlusstendenzen wie auch als Erklärungselement für die Bewahrung der Selbständigkeit Liechtensteins erweisen. Zugespitzt formuliert: Wegen seiner Kleinheit war Liechtenstein immer wieder von Anschluss bedroht, aber auch dank seiner Kleinheit blieb es immer wieder verschont.

Freilich sind neben einem Totalanschluss mit Verschwinden in einem andern Staat auch Formen des Anschlusses an ein anderes Staatswesen in Teilbereichen festzustellen. Solche bewerkstelligte Liechtenstein wiederholt. Sie begründeten Interdependenz, vor allem aber Dependenz, Teilabhängigkeit. Doch solche Teil-Anschlüsse sollten geradezu Voraussetzungen für Liechtensteins Existenzbewahrung werden.

1. Frühe Zugehörigkeiten

Liest man Peter Kaisers «Geschichte des Fürstenthums Liechtenstein» aus dem Jahre 1847 von vorne her durch, so wird einem bald deutlich, warum er seinem Buch den Nebentitel beigesetzt hat: «Nebst Schilderungen aus Chur-Rätien's Vorzeit».⁴ Das Erste Buch gibt nämlich einen Überblick über Chur-Rätien von vorrömischer Zeit bis ins Spätmittelalter (1328), das Zweite Buch schildert Vaduz und Schellenberg vom Spätmittelalter bis zum Übergang an die Fürsten von Liechtenstein (1699/1712), und erst das Dritte Buch, das nur noch 75 Seiten von insgesamt 512 Seiten umfasst,⁵ ist dann dem eigentlichen, für Kaiser noch jungen Fürstentum gewidmet. Es ist nicht ganz müssig, einen Blick auf die frühen Zugehörigkeiten zu werfen.

Das Gebiet des späteren und heutigen Fürstentums stellte bis ins Hochmittelalter kein feststellbares Eigenes, Zusammengehörendes dar, ausser dass topographisch das am rechten Rheinufer liegende Land unter der Luziensteig bis zum Schaaner Riet und jenes um den Eschnerberg zwei kleine Landschaften bildeten. Sie waren über 1000 Jahre lang eingebettet in ein vom Bodensee bis ins Tessin reichendes Gebiet, das von Rätien besiedelt war, 500 Jahre lang als Provinz dem Römischen Reich angehörte, ein gutes Jahrzehnt zu Odoakers Reich und ein halbes Jahrhundert zu der Ostgoten Reich zählte, schliesslich zum Frankenreich, erst unter den

⁴ Kaiser (1847). Kaiser-Büchel (1923). – Dazu Kaiser-Brunhart I, IX ff.

⁵ Kaiser, 1–149 (Erstes Buch), 151–436 (Zweites Buch), 437–512 (Drittes Buch).

Merowingern, dann den Karolingern, kam und nach den Teilungen zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation zählte. Inzwischen hatten Alemannen das rätisch-romanische Element überlagert.

Im Hochmittelalter gehörte das Gebiet des späteren Liechtenstein zum Herzogtum Schwaben und enger zum Gau Churwalchen, der vom Walgau über Feldkirch das Rheintal aufwärts über Chur bis ins Bergell reichte. Als weitere Unterteilung umfasste die Zentgrafschaft «In Planis» das beidseitige Rheintal zwischen der Landquart und der Ill. Das Bistum Chur reichte weit ins heutige Vorarlberg hinein.

Für das Mittelalter ist aber unsere moderne flächenstaatliche Auffassung von Gebieten ohnehin nicht zutreffend. Vielmehr gingen im gleichen Gebiet Herrschaftsrechte und Einzelbesitzrechte verschiedener Herren, von Grafen, Bischof und Klöstern durcheinander. Das führte auch zu ständigem Vererben, Verpfänden, Schenken und Verkaufen von Gütern mit Leuten und Rechten und zu häufigem Streit im Kleinen bis zu Parteinahme in den grossen Fehden der Zeit.⁶ Hierbei wurde das später liechtensteinische Gebiet ständig mit herumgeworfen. Von Bedeutung für die spätere Entwicklung war für unser Gebiet, dass im ganzen Bereich des Rheintals ob dem Bodensee kein wirkliches Machtzentrum, in dessen staatsbildenden Sog alles hätte geraten können, entstand.

2. Herausbildung einer Gebietsidentität

Gebot Graf Hugo I. von Montfort um 1200 über fast ganz Unterrätien zwischen Chur und dem Bodensee, so führte gräfliche Fruchtbarkeit zu ständigen Erbteilungen und als Folge im Laufe des Spätmittelalters zur Herausbildung einer Vielzahl von selbständigen Herrschaften, darunter Vaduz und Schellenberg.⁷ Peter Kaiser schildert diese rund 250 Jahre mit betrübtem Sinn, weil sie der Gegend viel Streit und Not brachten. Von Bedeutung für spätere Zeit wurde die durch den Grafen Heinrich von Vaduz 1396 von König Wenzel in Prag erlangte Bestätigung der Grafschaft Vaduz mit seinen Herrschaften – wozu nun auch Schellenberg gehörte – als Reichslehen.⁸ Die territorialstaatliche Landeshoheit war nun weiter ausge-

⁶ Vgl. hierzu im einzelnen Kaiser, 45–364.

⁷ Vgl. Kaiser, 97 ff. – Stievermann, in: Press/Willoweit, 89 ff.; dort weiterführende Literatur.

⁸ Kaiser, 191 f., 199. Stievermann, in: Press/Willoweit, 93 f.

bildet, so dass jetzt die zwei Herrschaften als ganzes oder einzeln verschoben, verkauft, eben andern Herren abgetreten werden konnten, als reichsunmittelbare Reichslehen freilich nicht mehr beliebig.

3. Zwischen Habsburgern und Eidgenossen

Die habsburgischen Herzöge von Österreich hatten ihren Besitz im Spätmittelalter auf Tirol und schliesslich durch Kauf vom kinderlosen Grafen von Montfort-Feldkirch ins Vorarlberg bis Feldkirch ausgedehnt. Bei Sempach (1386) fochten und fielen an der Seite des österreichischen Herzogs Leopold neben vielen Feldkircher Bürgern auch zwei Ritter von Schellenberg. Der Graf von Vaduz hatte sich aus diesem österreichisch-eidgenössischen Krieg herausgehalten. Für Vaduz und Schellenberg bestand zu jener Zeit durchaus eine gewisse Möglichkeit, ebenfalls an Österreich-Habsburg zu fallen. Sie hätten andererseits auch an Sargans kommen können. Aber die beiden unbedeutenden Herrschaften wechselten zwar dynastisch von den Grafen von Werdenberg-Vaduz zu den Freiherren von Brandis, zu den Grafen von Sulz und schliesslich zu den Grafen von Hohenems, doch sie blieben für sich, so wie auch die Umgebung aufgeteilt blieb. Verloren gingen die in Vorarlberg liegenden Herrschaften Blumenegg, Sonnenberg und Jagdberg. Die Eidgenossen dehnten ihre Herrschaft schliesslich über die kleinen Untertanengebiete bis zum Rhein aus, griffen aber trotz des Einfalls ins Land (1499) nicht auf dasselbe.

Als bedeutsam erwies sich hier bereits die Zwischenlage von Vaduz und Schellenberg: am Rande der Eidgenossenschaft und zugleich ausserhalb derselben, diesseits des Rheins, am Rande auch des vorderösterreichisch-habsburgischen Landes und zugleich ausserhalb desselben. Dynastische Zufälle spielten eine Rolle. Kleinheit und Reichsunmittelbarkeit boten Schutz vor Begehrlichkeit der Grossen.

4. Liechtensteinisch, nicht äbtisch oder bischöflich

Und als nach den Hexenprozessen und grausamer Auspressung durch den Grafen von Hohenems das Reich auf Vorstellungen der Bevölkerung hin diesen Landesherrn absetzte, mochten Habsburg Interesse und Geld fehlen, die zwei Landschäftlein selber zu erwerben. Das Reich schrieb sie zum Verkauf aus, beide wurden vom liechtensteinischen Fürsten Hans Adam dem Reichen – dem Ersten – gekauft, zuerst 1699 Schellenberg, darauf 1712 Vaduz.

Dass hierbei als Kaufinteressenten auch der Bischof von Chur und der Abt von St. Gallen auftraten, zeigt, dass das heutige Liechtenstein, hätten Bischof oder Abt höher geboten, entweder Teil Graubündens oder des äbtischen Fürstenlandes und jedenfalls Teil der heutigen Ostschweiz hätte werden können. Der Bischof von Chur zeigte ein Interesse an Schellenberg, weil dieses ihm bei Religionsstreitigkeiten mit den Bündner Protestanten «als Asylum dienen» könnte, während er es, wie er schrieb, wegen den Ertragnissen nicht kaufen müsste. Schon schien der Bischof von Chur mit 100 000 Gulden als Käufer Schellenbergs festzustehen, als plötzlich aus der Ferne Fürst Johann Adam von Liechtenstein dem Kaiser ein höheres Angebot von 115 000 Gulden machte. Der Bischof von Chur bot zwar 110 000 Gulden, überliess dann aber Schellenberg dem Liechtenstein, der, wie der Bischof enttäuscht schrieb, offenbar überflüssiges Geld habe.

Fürst Hans Adam aber brauchte das reichsunmittelbare Gebiet, um zur Fürstenwürde auch den wirklichen Einsitz auf Reichs- und Kreistagen nehmen zu können. Da Schellenberg aber flächenmässig noch nicht genügte, erwarb er schliesslich auch Vaduz, das sonst einen andern Weg hätte gehen mögen. Als dem Fürsten übrigens wegen Verzögerungen beim Kauf von Vaduz die Geduld ausging, erwog er ernstlich, auf den Kauf von Vaduz zu verzichten und auch Schellenberg wieder zu veräussern und stattdessen Mindelheim oder eine andere Besitzung zu erwerben. In diesem Falle hätte der Churer Bischof wieder bieten können.⁹

So bestanden an der geschichtlichen Schwelle zum Fürstentum Liechtenstein «Anschluss»-Ideen von Seiten der geistlichen Nachbarn und gewisse Anschlussmöglichkeiten. Diese kamen von aussen, wenn auch den indirekten Anstoss dazu die Bewohner mit ihren schliesslich zum Wechsel der Herrschaft führenden rechtlichen Klagen gegeben hatten. Als entscheidend für den Übergang an das Haus Liechtenstein hatte sich die Qualität der Reichsunmittelbarkeit der zwei Gebiete erwiesen. Das 1719 zum Reichsfürstentum Liechtenstein erhobene Land gehörte nun zum Schwäbischen Kreis, einem der zehn Kreise, in welche das Reich eingeteilt war, Liechtenstein war eines von über 300 Staatswesen im Reich, eingefügt und in seinem Bestand gesichert – solange nicht etwa der Fürst wieder an einen Verkauf denken sollte.

⁹ Seger, Bodmann, in: JBL 1978, 196 ff. – Kaiser, 427 f., 443 f.

5. In Napoleonischer Zeit: «... der versteckte Wunsch, Österreichische zu werden» – oder Bayrische?

In den Franzosenkriegen zur Zeit Napoleons litten Land und Volk auch in Liechtenstein verheerend.¹⁰ Die umliegende Staatenwelt geriet in Fluss. Liechtenstein grenzte am Rhein und bei der Luziensteig nun an die aus der Alten Eidgenossenschaft entstehende Helvetische Republik, an die neuen Kantone St. Gallen und Graubünden. Als das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zerbrach, rückte das landhungrige Königreich Bayern durch den Gewinn von Tirol und Vorarlberg 1805 bis an die liechtensteinische Grenze vor. Ein «Sturm der Mediatisierung»¹¹ verschlang viele deutsche Kleinstaaten.

Weil Napoleon den Fürsten Johann I. von Liechtenstein, der in österreichischen Felddiensten stand, als Gegner und Unterhändler schätzen gelernt hatte, nahm er das Fürstentum Liechtenstein in den Rheinbund auf. Die Rheinbundakte von 1806 gab Liechtenstein die staatliche Souveränität. Bezeichnenderweise protestierte Bayern heftig gegen diese Aufnahme Liechtensteins. Bayern war auch in den Besitz der Güter der Pfarrei Benders sowie des Patronatsrechts und des Zehnten in Mauren gelangt und beanspruchte überdies die zuvor österreichische Burg Gutenberg samt Gütern.¹² Bayerns Bemühungen, seine königliche Hand auch auf das Fürstentum Liechtenstein zu legen, waren offensichtlich.

Wenige Jahre darauf (1809) erhoben sich die Österreicher gegen die Franzosen und im selben Zuge die Tiroler und Vorarlberger, die zu Österreich hielten, auch gegen Bayern. Dadurch angespornt kam es auch in Liechtenstein im Juni 1809 zu einem Volksaufstand,¹³ der sich gegen die absolutistische Obrigkeit richtete: Man forderte Befreiung von Lasten und Wiederherstellung der alten Rechte. Als die Vertreter aller Gemeinden sich am 12. Juni 1809 in Vaduz versammelten, drohte Schuppler ihnen mit der Möglichkeit, dass der Fürst das Land verkaufen könnte:

«Wie wäre es, wenn er Euch an andere Regenten abgetreten hätte oder dies, ungnädig wegen Euerer Widerspenstigkeit, in der Folge tun würde? Wäret Ihr dann nicht über alle Massen unglücklich?»

¹⁰ Kaiser, 477 f., 484 ff. – Malin, 39 ff.

¹¹ Malin, 53.

¹² Malin, 51 ff.

¹³ Malin, 129 ff.

Dann, so fuhr Schuppler fort, müssten die Landesbewohner mehr Abgaben und Kriegsdienst leisten.¹⁴ In der Tat war Fürst Johann 1806 angefragt worden, ob er das Fürstentum nicht verkaufen wolle.¹⁵

Die liechtensteinischen Rebellen drohten, wenn das Oberamt die Forderungen nicht annehme, schlossen sie sich den vorarlbergischen Aufständischen an. Im Juli des gleichen Jahres 1809 vermochte Schuppler nur mit Mühe Balzner und Triesner, die zum Vorarlberger Landsturm eilen wollten, durch Versprechungen von ihrem Vorhaben abzuhalten. Schuppler verbot auch dem österreichischen Generalkommissar für Vorarlberg, einen Aufruf an die Liechtensteiner, sich den Vorarlberger Volkstruppen anzuschliessen, zu erlassen. Schuppler qualifizierte Liechtensteiner, die sich dem Vorarlberger Aufstand anschliessen wollten, als Verräter. Er berichtete schliesslich erklärend nach Wien:

«... nicht nur unausweichliche Aneiferungen der Vorarlberger, sondern auch der versteckte Wunsch, Österreichische werden zu wollen, verwirren ihre Köpfe...»¹⁶

Zwei Arten von Anschlussgefahren wurden in jenem unruhigen Sommer sichtbar: Von oben die alte, feudal-absolutistische Möglichkeit, dass der Fürst das Land verkaufe; diese Gefahr war nicht gross. Von unten aber, aus der Bevölkerung, kam der «versteckte Wunsch, Österreichische zu werden», als Reaktion auf den obrigkeitlichen Absolutismus und als Folge der von Vorarlberg her lockenden freiheitlichen Erwartungen. Georg Malin wertet jene Tendenzen als «verräterische Absichten»:

«Der Wunsch wirrer Köpfe, sich aus dem kleinstaatlichen Leben zu lösen und sich einer Weltpolitik bestimmenden Grossmacht anzuschliessen, tauchte hier unzweideutig und nicht zum letzten Male auf...»¹⁷

Malin schrieb 1954 diese auf 1809 bezogene Wertung nicht ohne Seitenblick auf die eben überstandene Zeit des Zweiten Weltkrieges.

¹⁴ Proklamation des Landvogtes Schuppler vom 12. Juni 1809, in: JBL Bd. 5, Vaduz 1905, 213.

¹⁵ Malin, 135.

¹⁶ Zit. Malin, 132 Anm. 22.

¹⁷ Malin, 132.

Die Franzosen warfen Österreich und Vorarlberg nieder, erschienen wieder in Feldkirch, der französische General Froment presste von dort aus monatelang dem Fürstentum Verpflegung für Mannen und Rosse ab. General Froment schrieb am 10. Oktober 1809 an Schuppler:

«Der König von Bayern wird wohl bald von des Fürsten von Liechtenstein seinem Lande Besitz nehmen.»¹⁸

Diese Erwartung hielt sich auch als Gerücht in jenem Herbst in Liechtenstein hartnäckig.

Liechtensteins Situation war durchaus delikat, weil Fürst Johann, dessen Land als Rheinbundstaat mit Napoleon verbündet war, dennoch persönlich auf österreichischer Seite gekämpft und verloren hatte. Hätten nun die Bewohner des Rheinbund-Fürstentums sich wirklich gegen Napoleon erhoben – an Vorarlbergs Seite –, so hätte das bundesbrüchige Liechtenstein von Napoleon kassiert und der bayrischen «Ländergier»¹⁹ geopfert werden mögen. Damit ist eine dritte Anschlussgefahr – neben Verkauf und neben Anschluss an Österreich – in jener Zeit sichtbar geworden.

6. Zugang zum Wiener Kongress und zum Deutschen Bund

Nach Napoleons Russland-Desaster gelang dem Fürsten der schrittweise Übergang ins Lager der gegen den Korsen gerichteten Koalition, unter völkerrechtlicher Bestätigung der Souveränität. Die ganze Napoleonische Zeit mit dem Zusammenbruch des alten deutschen Reiches, den Mediatisierungen, Länderverschiebungen und Kriegen überdauerte Liechtenstein, wie Malin zutreffend feststellt, vor allem aufgrund von vier Faktoren, nämlich dank dem überragenden Ansehen des Fürsten, dank der Erlangung der Souveränität, dank der Kleinheit des armen Ländchens sowie dank der geopolitischen Randlage.²⁰ Sie bestimmten als Konstanten die aussenpolitische Situation des Fürstentums bis zum Zweiten Weltkrieg.

Als 1814 und 1815 die Koalition gegen Napoleon am Wiener Kongress die Zukunft Europas und Deutschlands beriet, hatten sich die «mindermächtigen» deutschen Staaten gegenüber den königlichen Grossen

¹⁸ Zit. Malin, 144.

¹⁹ Malin, 144.

²⁰ Malin, 147 f., 158 ff.

Deutschlands – nämlich Österreich, Preussen, Bayern, Württemberg und Baden – um ihre souveräne Stellung zu wehren. Wie Rupert Quaderer zeigt,²¹ schloss sich Liechtenstein relativ spät, erst im Februar 1815, jener Gruppe von schliesslich 34 mittleren und kleinen deutschen Staaten an, das Fürstentum wurde in ihrem Kreise vorbehaltlos aufgenommen, als ehemaliger Rheinbundstaat und dank dem Ansehen des Fürsten, der auch peinlich für die Erfüllung der Kontingents- und Beitragspflichten sorgte.

Was für ein Schicksal indessen Liechtenstein am Wiener Kongress hätte blühen können, zeigten etwa die ebenfalls fürstlichen Häuser von der Leyen und von Isenberg sowie des Grafen von Bentink: Ihnen versagte man trotz eifriger Bemühungen den Zugang zu den Verhandlungen, weil sie den wirklichen Besitz der Souveränität nicht nachweisen konnten. Ihre Länder gingen in andern auf. Liechtenstein dagegen wurde in der Bundesakte des Deutschen Bundes vom 8. Juni 1815 als selbständiger Staat anerkannt. Mit der Zugehörigkeit zum Deutschen Bund – Österreich war ebenfalls Mitglied – war Liechtensteins Bestand vorerst gesichert. Es hatte auch weit über sein relatives Gewicht hinausgehende Mitwirkungsrechte. Weil die Frankfurter Zentralgewalt dieses Staatenbundes schwach war, bestand für Liechtenstein nur eine geringe Abhängigkeit. Gefährlicher wurde es, wenn die deutsche Zentralgewalt sich verstärkte, wie dies 1848 geschah.

7. Gefahren der 1848er Revolution für die Selbständigkeit

a) Schweizerisch-republikanisch?

Wie Europa und Deutschland ergriff die national und liberal geprägte Revolutionsbewegung 1848 auch Liechtenstein. Die spätabolutistische Ordnung wurde in Frage gestellt, Verfassung und Freiheitsrechte wurden stürmisch verlangt. Im Zuge der turbulenten Vorgänge – mit Versammlungen, Revolutionsausschüssen, Forderungsadressen, Beamtenflucht – gab es auch Gerüchte, das Land wolle sich vom Fürsten lösen und der republikanischen Schweiz, die sich im selben Jahr eine festere Bundesverfassung gab, anschliessen. Indessen scheint dieser revolutionäre Anschlusswunsch Richtung Schweiz nicht stark gewesen zu sein, wenn es auch eine republikanische Tendenz auf Loslösung vom Fürsten im Frühling und Sommer in Liechtenstein gab, eine kurze Zeit auch bei Peter Kaiser.

²¹ Quaderer, 201 ff.

Der aufgeklärte Fürst Alois II., der zu Konzessionen und politischen Reformen Hand bot, hatte seinem Landvogt immerhin auch eine unmissverständliche Weisung erteilt:

«... so befehle ich Ihnen... andererseits aber, so ungern ich die Last fremder Occupation über das Land, das ich liebe, verhängt sehen würde, mit Aufforderung an die österreichischen Autorithaeten nicht einen Augenblick zu säumen, falls eine Ruhestörung, was Gott verhüten wolle, eintreten, Ordnung und Gehorsam nicht alsogleich ohne fremde Macht herzustellen seyn sollte.»²²

Österreichische Polizei oder Truppe hätte demnach im März 1848 auch einem allfälligen republikanischen Aufstands- und Anschlussversuch an die Schweiz Halt gebieten sollen.

Das eigene Truppenkontingent, das Liechtenstein damals noch besass, wagte man in den Revolutionsmonaten nicht einzuberufen, da man ihm nicht traute. Ein österreichischer Ordnungseinsatz wurde nicht nötig; er wäre wegen der verworrenen Revolutionssituation in Österreich selber auch kaum möglich gewesen.

b) Grossdeutsch mediatisiert?

Dafür erwartete man viel von der Deutschen Nationalversammlung, die in der Frankfurter Paulskirche zusammentrat, um Deutschland eine freie, feste Verfassung zu geben. Die Liechtensteiner wählten Peter Kaiser als Abgeordneten zur Paulskirche, nach ihm den Arzt Dr. Karl Schädler. Kaiser weilte 1848, Schädler 1849 je für einige Monate in Frankfurt. Liechtenstein war in jenen Jahren durch Rheinüberschwemmung, Kartoffelfäule, Rüfen, Versumpfung und wirtschaftliche Absperrung in einer hoffnungslos bedrängten, isolierten Lage. Einen Ausweg erhoffte man ebenfalls über die Neuordnung Deutschlands.

Nun zeigte sich freilich, dass die Paulskirche nicht nur mehr Freiheit zu handeln und zu wandeln geben wollte, sondern dass sie das Gebilde von knapp 40 Staaten zu einem Reich mit starker Zentralgewalt zusammenzuschmieden plante. Das musste für das arme kleine Land heissen: mehr Kosten, weniger Selbständigkeit. Die liechtensteinischen Revolutionsaus-

²² Fürst an Landvogt Menzinger, 11. März 1848, LLA RC 100/C/3. – Geiger, Geschichte, 53 ff., 70 f., 129 f. – Geiger, Paulskirche, 11.

schüsse aller Gemeinden beschworen zwar die «grosse deutsche Nation» als «unser grösseres Vaterland», aber sie schrieben auch an den Fürsten, sie wünschten,

«dass wir unbeschadet der Einheit Deutschlands ein freies selbständiges Ganzes bleiben, dass man uns aber in Betracht der Kleinheit und unserer materiellen Mittel keine Opfer zumuthe, die über unsere Kräfte gehen».²³

Auch Fürst Alois II. wünschte tragbare Lasten, bei welchen

«die Selbständigkeit nicht zum Fluche für kleine Staaten wird.»²⁴

In der Paulskirche in Frankfurt wurden 1848 eine Reihe von Mediatisierungsvorschlägen eingebracht, mit dem Ziel, die Zahl der Kleinstaaten zu verringern und mit «Zwergbildungen wie Waldeck und Liechtenstein» aufzuräumen.²⁵ Die kleinen Staaten sollten demnach auf Reichsunmittelbarkeit zurückgestuft oder zu grösseren Staaten zusammengeschlossen oder aber an grössere Nachbarstaaten angeschlossen werden. Liechtenstein wäre, da es an keinen andern Kleinstaat grenzte, Österreich einverleibt worden. Ein Votant in der Paulskirche meinte, in den kleinsten Staaten sei ja die Bildung einer Volksvertretung unmöglich.²⁶ Doch am 5. Dezember 1848 lehnten die Paulskirchenabgeordneten die zwangsweise Mediatisierung knapp ab.²⁷ Damit entging Liechtenstein einer erheblichen Anschlussgefahr, die von der deutschen Revolution – im Namen des Fortschritts – ausgegangen war.

Immerhin rechnete Karl Schädler, als er Monate später in Frankfurt an der Reichsverfassung mitarbeitete, man werde in Deutschland «auf eine Bundesverfassung kommen, ähnlich der schweizerischen».²⁸ Schädler stellte sich demnach Liechtenstein in einem deutschen Bundesstaat etwa in der Stellung eines deutschen Kantons vor. Bei der Beratung zu den künftigen deutschen Parlamentskammern billigte man in der Paulskirche Liech-

²³ Adresse der liechtensteinischen Revolutionsausschüsse an den Fürsten, 24. März 1848, HAL Wien 1863/10370. Vgl. Geiger, Geschichte, 126.

²⁴ Fürst Alois II. an den liechtensteinischen Bundesgesandten Freiherrn von Holzhausen in Frankfurt, 25./26. März 1849, HAL Wien H 1691. Vgl. Geiger, Geschichte, 127.

²⁵ Zit. Geiger, Geschichte, 137.

²⁶ Stenographischer Bericht, 3853 f.

²⁷ Stenographischer Bericht, 3835 ff.

²⁸ Schreiben Karl Schädlers aus Frankfurt an seinen Bruder Rudolf Schädler (Pfr. in Benden), 10. Febr. 1849, LLA Schädler Akten 312.

tenstein dann allerdings für die erste Kammer (Volkshaus) keinen eigenen Wahlkreis zu, sondern schlug es zu einem österreichischen Wahlkreis; für die zweite Kammer (Staatenhaus) erhielt es einen von 192 Sitzen zugesprochen.

c) *Selbstzweifel*: «... ganz österreichisch...»?

In diesen Monaten machte sich in Liechtenstein Resignation breit. Der Vaduzer Arzt Dr. Ludwig Grass schrieb an Schädler nach Frankfurt, Deutschland werde gespalten, dann bleibe für Liechtenstein nichts, «als von Österreich absorbiert zu werden», es heiße im Lande, Schädler sei bereits in Wien am Verhandeln.²⁹ Karl Schädler selber wälzte in einem Schreiben an Landesverweser Menzinger düstere Aussichten: Man wolle die kleinen Staaten indirekt zur Aufgabe ihrer Existenz zwingen, indem man ihnen keine Vertretungsrechte, aber alle Lasten lasse; das Land werde solche nicht tragen können, der Fürst sie nicht für die «so ephemere Existenz» eines selbständigen Liechtenstein aufbringen wollen; daher verfolge ihn seit einiger Zeit

«eine quälende Frage: Sollen wir nicht jetzt, wo es Zeit ist und leicht ginge, selbstthätig auf Mediatisierung dringen, oder sollen wir uns passiv am Schlepptau der Ereignisse durch diese früher oder später mediatisieren lassen?»

Zwar werde man bei einem Anschluss an Österreich – nur dieser kam in Frage – in bezug auf Steuerlasten «aus der Bratpfanne in die Glut springen», aber es bleibe

«bei unserem Mangel an Stoff und Kraft zur Bildung eines Staates, wie ihn die neuen Verhältnisse wollen, keine andere Wahl.»³⁰

Auch Peter Kaiser hatte schon früher geschrieben, wenn Liechtenstein gerichts- und verwaltungsmässig im österreichischen System mitziehen müsse,

²⁹ Schreiben von Grass an Karl Schädler, 1. Februar 1849, LLA Schädler Akten 311. Vgl. Geiger, Geschichte, 146.

³⁰ Karl Schädler an Landesverweser Menzinger, 9. März 1849, LLA RC 100/C. – Vgl. Geiger, Geschichte, 146 ff.

«wenn das Ländlein nichts Eigenthümliches hat, wenn es im österreichischen System mitziehen muss, ist es dann nicht besser, es sei ganz österreichisch?»³¹

Selbst Fürst Alois II. hatte an Peter Kaiser geschrieben, dass er nicht wegen der Stellung als Souverän für die Selbständigkeit des Landes eintrete, sondern

«weil ich glaube, dass das Land selbst Wert legt auf seine Selbständigkeit».³²

Wenige Jahre später äusserste Fürst Alois sogar, dass er es

«als ein Glück ansehen würde, wenn... die kleinen Staaten auf jenes Mass der Unabhängigkeit zurückgeführt, d. h. beschränkt würden, welches sie zu ertragen und mit Würde zu tragen fähig sind».³³

Zwar setzten sich Kaiser, Fürst, Schädler und Menzinger für den Erhalt der Selbständigkeit des Landes ein, aber sie waren eine Zeitlang sehr pessimistisch, ja kleinmütig gestimmt.

Bekanntlich scheiterte die Deutsche Nationalversammlung, nichts von dem für Liechtenstein so Bedrohlichen verwirklichte sich. Doch das Land war während eines Jahres in Anschlussgefahr gestanden, diesmal nicht allein von aussen, sondern auch durch die Selbstzweifel von innen, ob der arme kleine Staat unter modernen Anforderungen genügend «Stoff und Kraft» für eine Eigenexistenz besitze. Es sah zeitweilig nicht so aus.

Etwas war andererseits 1848 im Sinne der neuen, demokratischen Zeit klargestellt worden: Das Volk liesse sich nicht mehr einfach von oben her irgendwohin anschliessen. Im Entwurf einer Adresse der Revolutionsausschüsse an den Fürsten hiess es deutlich,

«dass wir nie gegen unseren Willen uns vertauschen oder verschieben lassen».³⁴

³¹ Peter Kaiser an Landesverweser Menzinger, 2. Juli 1848, LLA Peter Kaiser Akten. Geiger, Geschichte, 130.

³² Fürst Alois II. an Peter Kaiser, 6. November 1848, HAL Wien 1848/11048. Geiger, Geschichte, 131.

³³ Fürst Alois II. an Holzhausen, 2. Mai 1851, HAL Wien H 1691. Geiger, Geschichte, 131 Anm. 32.

³⁴ LLA Schädler Akten, ad 265, fol. 3. Geiger, Geschichte, 140 Anm. 77.

8. Ausweg aus der Isolation: Zollanschluss an Österreich

Mit dem preussisch-österreichischen Krieg von 1866 und dem Zerfall des Deutschen Bundes schied Österreich aus Deutschland aus. Liechtenstein, geographisch von Deutschland durch das dazwischen liegende Österreich ebenfalls abgeschieden, entging nur dank dieser besonderen Randlage einem Aufgehen im bald danach von Bismarck zusammengeschweissten zweiten Deutschen Reich. Jetzt erst, ab 1866, war Liechtenstein auch faktisch ganz souverän. Es hatte inzwischen auch einen Ausweg aus dem Dilemma zwischen staatlicher und wirtschaftlicher Existenz gefunden.

Liechtenstein war 1852 die Lösung aus der bedrückenden wirtschaftlichen Isolation gelungen, indem es mit dem Kaiserreich Österreich einen Zollvertrag abschliessen konnte.³⁵ Das Land erhielt Zugang zum grösseren österreichischen Wirtschaftsgebiet, auch regelmässige direkte Staatseinkünfte, welche die Landeseinnahmen sofort mehr als verdoppelten. Nun konnte das Land die Bundeskosten tragen.

Freilich war die Zoll- und Steuereinigung von 1852 auf Assimilation an das österreichische System angelegt. Im Laufe von fast 70 Jahren Zoll-, Steuer-, Post- und Währungsgemeinschaft (1852–1919) mit der Donaumonarchie, welche das Fürstentum Liechtenstein ab 1880 auch diplomatisch vertrat und von der der grösste Teil des Rechts adoptiert wurde, entstand eine starke Abhängigkeit vom grossen Nachbarn.³⁶ Manche empfanden sie als schleichende Mediatisierung. Dennoch war der Anschluss Liechtensteins im wirtschaftlichen Teilbereich an den österreichischen Nachbarstaat geradezu Voraussetzung für die Erhaltung der formellen Souveränität. Man konnte dadurch die «Bratpfanne» – den Zusammenbruch unter der Last der isolierten Selbständigkeit – wie den «Sprung in die Glut» – den Anschluss an Österreich – vermeiden.

Im Zuge der Erneuerung des Zoll- und Steuer-Vertrages mit Österreich im Jahre 1863 wünschte übrigens ein beträchtlicher Teil der liechtensteini-

³⁵ Vertrag vom 5. Juni 1852, LLA Gesetzessammlung. – Geiger, Geschichte, 186 ff. – Hager, 25 ff.

³⁶ Vgl. Raton, 54. – Zum Zollvertrag von 1852 siehe Geiger, Geschichte, 186 ff., 336 ff., und Ospelt, 367 ff.

schen Bevölkerung – durch Petitionen an den Landtag – bereits einen Zollvertrag mit der Schweiz statt mit Österreich-Ungarn.³⁷

9. Liechtenstein an den Papst abtreten?

Mitten im Ersten Weltkrieg, im Jahre 1916, wurde ein ebenso kurioser wie geheimer und ernst gemeinter Plan bis kurz vor die Verwirklichung vorangetrieben. Er war vom deutschen, katholischen Politiker Matthias Erzberger ausgedacht. Das Fürstentum Liechtenstein sollte dem Papst abgetreten werden, der Fürst wäre noch Statthalter des Papstes im Lande geblieben. Der Papst, der mit Italien seit langem wegen dem ehemaligen Kirchenstaat im Streit lag, hätte damit ein neues, souveränes Gebiet erlangt. Liechtenstein wäre formal neuer Kirchenstaat geworden, ohne dass aber der Papst hierher übersiedelt wäre.

Der Plan scheiterte an den Mitgliedern des Fürstenhauses, vor allem am Prinzen Franz (der später Fürst wurde), während der zu jenem Zeitpunkt regierende Fürst Johann II., der sehr fromm lebte, sich mit der Abtretung an den Papst einverstanden zeigte – allerdings im Wissen, dass die Agnaten ablehnten und damit eine Realisierung des Plans unmöglich war.³⁸

Dies wäre nicht ein eigentlicher «Anschluss», sondern ein Regentenwechsel nach altem Kabinettsstil gewesen. Im Land wusste man offensichtlich nichts davon. Ob die liechtensteinische Bevölkerung sich gefügt hätte, wäre ungewiss gewesen. Und die Schweiz hätte wegen ihres konfessionellen Gleichgewichts wohl auch noch mitreden wollen.

10. Unsicherheit und Neuorientierung nach dem Ersten Weltkrieg

Gleich nach dem Ersten Weltkrieg entstand für Liechtenstein eine schwierige Situation, in der gerade auch unter dem Blickwinkel der Anschlussfrage Risiken sichtbar werden. Ein liechtensteinischer Amerika-Auswanderer fragte 1919 im «Liechtensteiner Volksblatt», was nun nach dem Krieg aus Liechtenstein werde:

³⁷ Gemeindeweise Bittschriften an den Landtag von 201 Schaanern, 152 Triesenbergern, 149 Triesnern, 88 Mauern, 86 Eschnern, 51 Schellenbergern (darunter drei Frauen) und 30 Planknern, dem Landtag ab dem 29. Januar und im Februar 1863 überreicht, LLA Landtagsakten 1862/63, L 5, Nr. 24 ff. – Vgl. Geiger, Geschichte, 339 ff.

³⁸ Liebmann, 229 ff.

«Bleibt es selbständig oder verschlingt es die Schweiz oder Vorarlberg?»³⁹

a) Vorarlberg schweizerisch – Liechtenstein Enklave?

Gerade die Zukunft Vorarlbergs, die sogenannte «Vorarlberger Frage», war für Liechtenstein von grösserer Bedeutung, als man sich später bewusst war. Nach dem Auseinanderfallen der Donaumonarchie blieb nur ein provisorisches Deutsch-Österreich (in der heutigen Gestalt), das sich vorerst einmal für einen Anschluss an Deutschland aussprach, während das Vorarlberger Volk 1919 in grosser Mehrheit, schliesslich durch Volksabstimmung, einen Anschluss an die Schweiz erstrebte. Wie beurteilte man in Liechtenstein die Vorarlberger Frage und die damit verbundenen Folgen für Liechtenstein? Hierzu sind die beiden Landeszeitungen, welche die Meinung der zwei eben erst entstandenen Parteien widerspiegeln, aufschlussreich.⁴⁰

Die von Dr. Wilhelm Beck geführten, der Schweiz zuneigenden «Oberrheinischen Nachrichten», Sprachrohr der «Christlichsozialen Volkspartei», zeigten ausgesprochene Sympathie für den Wunsch der Vorarlberger nach einem Anschluss an die Schweiz. Im redaktionellen Leitartikel vom 6. Dezember 1919 wünschten die «Oberrheinischen Nachrichten» den Vorarlbergern «glückliches Gelingen»:

«Mögen ihre mehrheitlichen Wünsche, Schweizer zu werden, in Erfüllung gehen.»⁴¹

Dass dies für Liechtenstein eine neue Situation bringen würde, war den «Oberrheinischen Nachrichten» auch klar, es hiess dort im März 1919:

«Wenn nun Vorarlberg tatsächlich ein Kanton der Schweiz wird, dann ist unser Fürstentum eine Insel in der schweizerischen Republik. Ob wir uns da noch selbständig halten können? Hoffen wir das Beste.»⁴²

Ein Balzner Einsender formulierte darauf trefflich konkrete liechtensteinische Erwartungen für den Fall, dass Vorarlberg schweizerisch würde:

³⁹ L. Vo., 30. August 1919.

⁴⁰ Vgl. Geiger, Vorarlberg, in: Eidgenossen helft, 95 ff.

⁴¹ O. Na., 6. Dezember 1919, «Landesprattig» (Landesumschau).

⁴² O. Na., 12. März 1919, «Ein neuer Kanton in Sicht!»

«Würde diese Idee verwirklicht, so hätte Liechtenstein in kurzer Zeit: Bahn, Licht, Gas, modernes Postwesen, mehr geistiges Leben, gewerbliche Unternehmungen, Banken und endlich auch Ordnung. Wäre das nicht viel? Hoffen wir daher auf eine Verständigung der beiden Nachbarländer.»⁴³

Dabei wies man aber den Gedanken, analog zu den Vorarlbergern etwa auch für Liechtenstein einen Totalanschluss an die Schweiz zu wünschen, von sich.⁴⁴

Das von Dr. Eugen Nipp redigierte «Liechtensteiner Volksblatt», das die konservativ-bäuerliche «Fortschrittliche Bürgerpartei» vertrat, war ganz gegen einen Vorarlberger Anschluss an die Schweiz eingestellt, weil es gerade die Inselstellung Liechtensteins fürchtete. Diese könnte den Totalanschluss auch Liechtensteins an die Schweiz und damit die Loslösung vom Fürstenhaus, jedenfalls aber einen Zollanschluss an die Schweiz und somit ein Abreißen aller alten, geschätzten Verbindungen nach Osten sowie eine innenpolitisch bedenkliche Umorientierung bedeuten. Liechtenstein solle abwarten, wie sich Deutsch-Österreich entwickle und dann entscheiden, ob es mit der Schweiz oder mit Österreich einen Zollvertrag anstreben solle; gefühlsmässig zöge man einen solchen mit Österreich vor. Entscheidend sei, Liechtensteins Selbständigkeit zu wahren. Man solle sich nicht in einen «Käfig aus lauter Gold und Silber flüchten». Mit Entrüstung wies es die im «Journal de Genève» und im «St. Galler Tagblatt» gebrachte Aussage zurück,

«die Mehrheit der Liechtensteiner... könnte sich ganz wohl mit dem Gedanken vertraut machen, selbst Schweizer zu werden.»⁴⁵

Eine ernsthafte Tendenz zu einem Totalanschluss Liechtensteins an die Schweiz gab es im Lande im Zuge der Vorarlberger Bestrebungen offensichtlich nicht. Es ging den Liechtensteinern auch nicht so sehr um das Schicksal der Vorarlberger, sondern um die wirtschaftliche Orientierung des eigenen Landes, um den künftigen Wirtschaftsanschluss. Hier drängte die «Volkspartei» vehement in Richtung Schweiz. Wollte man nicht den wirtschaftlichen Ruin, so müsse Liechtenstein so rasch als möglich mit der

⁴³ O. Na., 15. März 1919, «Balzers».

⁴⁴ O. Na., 31. Juli 1920, «Zur Politik der Wiener Gesandtschaft» (von Dr. Wilhelm Beck).

⁴⁵ L. Vo., 7. Juni 1919, «Die Zukunft des Fürstentums Liechtenstein». Ähnlich L. Vo., 19. März 1919, «Hohe Politik», und L. Vo., 12. April 1919, «Politik und Luftschlösser».

Schweiz Zollvertragsverhandlungen aufnehmen, noch vor einem Vorarlberger Anschluss an die Schweiz, da diese später einer Enklave Liechtenstein weniger entgegenkommen müsste:

«Sorget daher je schneller desto lieber für freien (nicht Muss-) Anschluss an die Schweiz.»⁴⁶

Gemeint war hier der Zollanschluss an die Schweiz, der die Ziele der Volkspartei – los von Österreich beziehungsweise Hofkanzlei in Wien, Demokratisierung, Modernisierung des Landes – verwirklichen helfen sollte.

Vorarlberg blieb bei Österreich, das vorläufig Bestand erlangte, wenn auch wirklich gesichert erst ab 1922. Indem Vorarlberg – gegen den Willen seiner Bevölkerung – nicht zur Schweiz kam, blieb Liechtensteins Zwischenlage erhalten – und damit auch dessen Orientierungsoption.

b) Anschluss an Österreich durch Machtwort von aussen?

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges bestand bis in den Sommer 1919 für Liechtenstein dennoch eine gewisse Anschlussgefahr. Man nahm sie im Lande selber nicht so wahr, wie sie wirklich drohte. Sie kam von aussen, nämlich von Seiten der Pariser Friedenskonferenz, und zwar auf Veranlassung der Tschechoslowakei.

Darauf verweist konkret ein zwei Jahrzehnte später verfasstes Schreiben von Dr. Alfred von Baldass an Fürst Franz Josef II. aus dem Jahre 1939.⁴⁷ Baldass war ab 1919 Legationsrat und zeitweilig Geschäftsträger der kurzlebigen liechtensteinischen Gesandtschaft in Wien gewesen. Im besagten Schreiben – inzwischen war er 1939 von den Nationalsozialisten verfolgter Emigrant – beanspruchte Baldass für sich nichts Geringeres als das Verdienst, 1919 Liechtenstein gerettet zu haben. Wovor? Vor dem Anschluss an Österreich und damit indirekt auch vor dem späteren, automatischen Anschluss zusammen mit Österreich an Hitlers Reich. Wie rettete er Liechtenstein? Auf Betreiben der nach dem Ersten Weltkrieg entstandenen Tschechoslowakei, welche die habsburgischen Güter enteignete und auch der böhmischen und mährischen Besitzungen des Hauses Liechtenstein habhaft werden wollte, sollte die Pariser Friedenskonferenz dem Fürstentum die Anerkennung als souveräner Staat absprechen. Liechtenstein sollte

⁴⁶ O. Na, 14. Mai 1919, «Unsere Zukunft».

⁴⁷ Alfred von Baldass an Fürst Franz Josef II., Herbst 1939, LLA RF 194/257.

vielmehr als faktischer Teil Österreichs gelten und durch die Friedenskonferenz der Siegermächte zu Deutsch-Österreich geschlagen bzw. diesem angeschlossen werden. Der französische Botschafter in Wien, Henry Allizé, hatte 1919 Auftrag, für die Friedenskonferenz ein Gutachten zu dieser die völkerrechtliche Stellung und Zukunft Liechtensteins betreffenden Frage zu verfassen. Baldass, durch den in Prag weilenden liechtensteinischen Gesandten Prinz Eduard von Liechtenstein vom Auftrag Allizés in Kenntnis gesetzt, suchte am selben Abend Allizé in Wien auf. Der französische Botschafter, der vorerst ganz den tschechoslowakischen Standpunkt einnahm – nämlich Liechtenstein sei nicht souverän und daher an Österreich anzuschliessen –, liess sich im Laufe des einstündigen Gesprächs von Baldass von der liechtensteinischen staatlichen Selbständigkeit überzeugen. Baldass war sicher, dass Allizés Gutachten die Friedenskonferenz schliesslich bewog, im Friedensvertrag von Saint-Germain vom 10. September 1919 Österreichs Grenzen Liechtenstein gegenüber unverändert zu belassen und damit zugleich Liechtensteins Souveränität anzuerkennen.

Pierre Raton bestätigt, dass die Friedenskonferenz und der Friedensvertrag von 1919 für Liechtensteins staatliche Existenz «une question de vie ou de mort» (eine Frage um Sein oder Nichtsein) war.⁴⁸ Prinz Eduard von Liechtenstein, 1919–1921 liechtensteinischer Gesandter in Wien, schildert in seinem etwas schwer lesbaren, aber materialreichen Buch «Liechtensteins Weg von Österreich zur Schweiz» die Bemühungen von Fürstenhaus, Regierung und Gesandtschaft, bei den Ententemächten die Anerkennung der liechtensteinischen Souveränität und Neutralität zu erreichen.⁴⁹ Dies gelang denn auch, wenn zwar nicht vollständig, denn die Aufnahme in den Völkerbund wurde abgelehnt.

Interessant ist, dass hier im Lande die Anschlussgefahr, die sich im Rahmen der europäischen Neuordnung an der Friedenskonferenz in Paris auftrat, offenbar nicht für besonders real gehalten wurde. So sicher man sich im Lande der staatlich-völkerrechtlichen Eigenidentität war, so nötig erwies es sich, dieselbe durch Aufklärung den Staatsmännern und Diplomaten der Siegermächte vor Augen zu bringen. Jene wussten von Liechtenstein kaum etwas, es erschien ihnen besonders wegen des Fürstenhauses in der Tat als Anhängsel des alten Österreich, dessen Nachlass die Friedenskonferenz zu ordnen hatte. Baldass mochte im Rückblick seine Wirksamkeit überschätzt

⁴⁸ Raton, 63.

⁴⁹ Eduard Liechtenstein, 31, 38 ff.

haben, Teil parallel laufender diplomatischer Bemühungen, die von Bedeutung blieben, war sein Abendgespräch mit dem französischen Botschafter in Wien dennoch.

c) *Deutsche Orientierung Liechtensteins (1919/20)?*

In jenen Monaten und ersten Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkrieges erschienen noch weitere Anschluss-Möglichkeiten für Liechtenstein am Horizont. Wäre Österreich mit Vorarlberg damals an Deutschland angeschlossen worden – wozu der Wille in Österreich einschliesslich der gesamtösterreichischen Regierung und Karl Renners stark war, weil man an die Lebensfähigkeit eines Rumpförsterreich nicht glaubte –, so wäre das kleine Fürstentum seinerseits an die Grenze eines grösseren Deutschland gerückt.⁵⁰ Die Pariser Friedenskonferenz hätte es dann, bei Aberkennung der Souveränität, ebenfalls Deutschland anschliessen mögen. Bei Anerkennung der liechtensteinischen Souveränität aber hätte Liechtenstein die Option eines Wirtschaftsanschlusses nach Norden, eben zu Deutschland hin, ins Auge fassen können. Überlegungen zu einer solchen wirtschaftlichen Orientierung stellte der damalige Schriftleiter des «Liechtensteiner Volksblatts», Dr. Eugen Nipp, in der Tat an.⁵¹ Dies geschah freilich zu einer Zeit, da Deutschland als Weimarer Republik einen demokratisch-liberalen Weg einschlug.

Indem die Entente-Mächte aber einen Anschluss Österreichs an Deutschland nicht zulieszen, wurden für Liechtenstein die skizzierten Anschluss-Optionen in Richtung Deutschland hinfällig – wenigstens auf 20 Jahre hinaus, bis 1938 der Anschluss Österreichs an Hitlerdeutschland neue Gefahr und Verlockung auch für Liechtenstein bringen sollte.

Jedenfalls war 1919 des Amerika-Liechtensteiners oben erwähnte Frage zur Zukunft Liechtensteins – «Bleibt es selbständig oder verschlingt es die Schweiz oder Vorarlberg?» – aus grösserer Perspektive nicht ganz abwegig.

⁵⁰ Vgl. Witzig, 159 ff., 191 ff. – Vgl. auch die Aufsätze von Zaugg-Prato, Steininger sowie Dobras, alle in: *Eidgenossen helfe*, 55 ff., 65 ff., 191 ff. – Vgl. Dreier/Pichler, 85 ff., 119 ff.

⁵¹ L. Vo., 24. April 1920, Anmerkung der Schriftleitung zu «Eingesandt».

11. Wirtschaftliche Neuorientierung: Zollanschluss an die Schweiz (1923)

Die im Ersten Weltkrieg in der Wirtschaftsgemeinschaft mit Österreich erlittenen Nöte, die Nachkriegskrise mit Kroneninflation und das längere Zeit ungewisse Schicksal der Nachbarschaft stellten auch für Liechtenstein die Zukunftsfrage, wohin es sich wenden solle oder könne. Deutlich festzustellen ist, dass man in dieser geschichtlichen Phase im Lande selber keineswegs an eine Selbstaufgabe, sondern allein an einen wirtschaftlichen Anschluss dachte – anders als etwa 1848/49 und dann ab 1938.

Die Kündigung des liechtensteinisch-österreichischen Zoll- und Steuerungsvertrages im August 1919 (vom Landtag am 2. August 1919 beschlossen) hatte neben der wirtschaftlichen Bedeutung eine eminent politische Komponente: Liechtenstein bewies damit der Welt und den Ententemächten seine völkerrechtliche Selbständigkeit. Nachdem nun das Land eine Zeitlang als eigenes Zollgebiet fungierte und nachdem die Vorarlberger Frage versandete, fanden sich alle politischen Kräfte des Fürstentums zum Wirtschaftsanschluss an die Schweiz zusammen.⁵²

Mit dem 1923 geschlossenen und auf den 1. Januar 1924 in Kraft gesetzten Vertrag über den «Anschluss des Fürstentums Liechtenstein an das schweizerische Zollgebiet»,⁵³ mit der schon 1919 der Schweiz übertragenen diplomatischen Vertretung des Landes, mit dem 1921 mit der Schweiz geschlossenen Postvertrag und mit der Übernahme der Frankenwährung erfolgte in jenen Jahren eine bis heute währende Anschliessung Liechtensteins an die Schweiz. Sie bot – analog zum früheren österreichisch-liechtensteinischen Zollvertrag – den Einbezug des Ländchens in den grösseren, stabilen Wirtschafts- und Währungsraum. Die Schweiz übernahm eine Menge von Funktionen, etwa Grenzbewachung, Personenkontrollen, Zollkontrollen im internationalen Warenverkehr, grenztierärztliche Kontrollen, sie bot einschlägige Gesetzgebung, internationale Zoll-, Handels-, Post- oder Währungsverhandlungen und -übereinkommen, diplomatische und konsularische Präsenz in aller Welt. Zudem war Liechtenstein wieder ein festes Zolleinkommen als bedeutender Pfeiler des Staatshaushaltes gesichert.

⁵² Geiger, Vorarlberg, in: *Eidgenossen helft*, 101 ff., 108 ff. – Siehe auch Hilti; Seger, *Zollvertrag*; Wanner, *Zollvertrag*.

⁵³ *LGBL* 1923, Nr. 24. – Raton, 83 ff.

Freilich gab es eine Rückseite der Medaille. Das Frankenstück zeigt es symbolisch: Vorne stehen nur die Frankenwerte – der Nutzen, die Zahl –, auf der Rückseite aber steht Frau Helvetia mit dem Schweizerkreuz im Schilde, Allegorie für die Schweiz, welcher der Frankenwert zugehört, von der er abhängig ist. Abhängigkeiten als Kehrseite des Nutzens folgten auch aus dem Vertragsverhältnis mit der Schweiz.

Gemäss Zollvertrag wurden einschlägige schweizerische Gesetze, Verordnungen und Erlasse auch auf Liechtenstein anwendbar. Als der Landtag dieselben auf den Herbst 1934 – seit zehn Jahren stand der Zollvertrag in Kraft – auf den neuen Stand brachte, wurde die Verflechtung Liechtensteins mit der Schweiz rein quantitativ deutlich: 157 eidgenössische Gesetze, Verordnungen und Erlasse waren auch für Liechtenstein gültig, dazu 75 Handels- und Zollverträge, welche die Schweiz mit Dritten abgeschlossen hatte.⁵⁴ Nicht gegenseitige Integration, sondern rechtliche und wirtschaftliche Assimilation prägte das Verhältnis. Das wurde auch in der Folge – und bis in die Gegenwart – immer wieder kritisch vermerkt. Die früher Österreich-Ungarn gegenüber bestehenden Probleme und Vorbehalte – Souveränitätsverlust, Assimilation, Mediatisierungs- und Berührungängste – verlagerten sich in Liechtenstein nun auf den neuen, helvetischen Partner. Der Landtagsabgeordnete Emil Batliner aus Mauren warnte im nichtöffentlichen Landtag schon 1927:

«Eines Tages sind wir Schweizer.»^{54a}

Kritik am Zollvertragsverhältnis zur Schweiz mehrte sich in der Krise der Dreissigerjahre, als die Liechtensteiner sich zusehends vom schweizerischen Arbeitsmarkt und Wirtschaftsgebiet ausgeschlossen fanden. Das Vertragsverhältnis als Ganzes wurde dabei nicht in Frage gestellt, es gab auch keine Alternative dazu, in Österreich war die Krise noch tiefer. Einzelne Augen richteten sich aber schon auf das noch nicht benachbarte Deutschland, wo Hitler ein Rezept gegen Arbeitslosigkeit und Krise gefunden zu haben schien. 1938 rückte es plötzlich in liechtensteinische Reichweite.

⁵⁴ LGBL 1934, Nr. 11.

^{54a} LLA L Landtagsprot. vom 15. November 1927, nichtöffentlich.

12. Gefahr eines Anschlusses ans Dritte Reich

Durch das Dritte Reich und den Nationalsozialismus erwuchsen für Liechtenstein und seine Bewohner Gefahren wie kaum je zuvor. «Anschluss» erhielt nun eine ganz andere Qualität als bisher. Er wäre in den Folgen nur der schlimmen Zeit der Hexenverfolgungen vergleichbar gewesen.

Die Anschlussgefahr ab 1938 ging von aussen vom Reich aus und von innen von liechtensteinischen Nationalsozialisten, die einen Anschluss ans Reich anstrebten. Anschlussgefahr bestand latent während sieben langen Jahren, vom März 1938 bis zum Mai 1945. Unmittelbar drohte der Anschluss an Hitlerdeutschland dem Ländchen und seiner Bevölkerung zweimal, nämlich während einer Woche im März 1938 beim Anschluss Österreichs und ein Jahr später beim Anschlussputsch im März 1939.⁵⁵ Die nationalsozialistische «Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein» bestand als Anschlussbewegung von 1938 bis 1945.

a) Anschlusspläne 1938

Im März 1938, mit dem Anschluss Österreichs, rückte das Grossdeutsche Reich an die liechtensteinische Grenze vor. Jetzt lag auch das Hitlersche Totalrezept zur Lösung der wirtschaftlichen Krise, der Arbeitslosigkeit und aller staatlichen und gesellschaftlichen Fragen vor der Tür, auch als Alternative zum schweizerischen Zollanschluss. In den österreichischen Anschlussagen schwirrten auch Anschlussgerüchte zu Liechtenstein. Eine innenpolitische Krise entstand im Fürstentum, in deren Zug die damalige Oppositionspartei, die «Vaterländische Union», die politische Gleichstellung, Proporz und Regierungsbeteiligung forderte. Derweil standen liechtensteinische Nationalsozialisten, die zwar noch nicht organisiert waren, bereits mit der «Volksdeutschen Mittelstelle» in Berlin, welche das deutsche «Volkstum» im Ausland betreute, in Kontakt. Diese von der SS geführte Mittelstelle legte dem Auswärtigen Amt, dem Propagandaministerium und dem Oberkommando der Wehrmacht Pläne vor, Liechtenstein

⁵⁵ Zum Folgenden siehe auch Goop; Walk; Carl, Drittes Reich; Carl, Handlungsspielraum; Krebs; Geiger, Liechtenstein 1938. – Zum Anschluss in Österreich siehe etwa Chorherr sowie die Dokumentation «Anschluss». – Zum Anschluss in Vorarlberg siehe Schönherr sowie Wanner, Anschluss. – Zur illegalen NSDAP in Vorarlberg bis 1938 siehe Walser sowie Wanner, Feldkircher NSDAP. – Siehe auch ADAP D/V, 567–571, und ADAP D/VI, 146 f.

ebenfalls anzuschliessen oder jedenfalls in Liechtenstein Neuwahlen zu erzwingen, aus denen mit deutscher Unterstützung eine nationalsozialistisch kontrollierte Regierung hervorgehen müsste, die schliesslich den Anschluss an Grossdeutschland «legal» durchführen könnte. Die Planer in Berlin gingen dabei freilich von unzutreffenden Informationen von Seiten der liechtensteinischen Nationalsozialisten aus, die Berlin im Zuge der österreichischen Anschluss-Euphorie glauben machten, sie würden in solchen Landtagswahlen 60% der Stimmen erhalten.⁵⁶ Eine ganze Woche lang, vom 11. bis zum 18. März 1938, war die liechtensteinische Anschlussfrage in Berlin offen, bis auf Anraten von Aussenminister Ribbentrop, der eine Aktion gegen Liechtenstein zu jenem Zeitpunkt für «untunlich» hielt,⁵⁷ schliesslich Hitler selber entschied, Liechtenstein in Ruhe zu lassen – vorläufig. Ausdrücklich heisst es in einem handschriftlichen Randvermerk auf einem Dokument des Auswärtigen Amtes mit Bezug auf Liechtenstein, es sei der

«Wunsch des Führers . . . , dass wir uns nicht einmischen».⁵⁸

Damit war vom Reich aus die liechtensteinische Anschlussfrage vorerst entschieden. Zugleich drückte freilich Ribbentrop die Erwartung aus, dass Liechtenstein sich innen- und aussenpolitisch in Richtung Deutschlands bewege.⁵⁹

Die Schweiz, die von Liechtenstein – wegen dessen militärisch wichtiger Lage vor der Sarganser Pforte – ein klare Stellungnahme verlangt hatte, hätte Liechtenstein nicht ungern in die schweizerische Landesverteidigung einbezogen, etwa durch ein vertragliches Besetzungsrecht. Solches wollte der wohlinformierte deutsche Aussenminister Ribbentrop jedoch keines-

⁵⁶ «Bericht des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums» vom 16. März 1938 zu Liechtenstein, Dr. Stier von der «Volksdeutschen Mittelstelle» in Berlin, LLA Dok. K 40 (Kopie aus dem Bundesarchiv Koblenz). – Siehe auch Geiger, Liechtenstein 1938, 17 Anm. 74.

⁵⁷ Nach einem Aktenvermerk vom 17. März 1938 im Büro des Reichsaussenministers, LLA Dok. 6321 H/E 471 505 (Mikrofilmkopie). – Geiger, Liechtenstein 1938, 16 f.

⁵⁸ Handschriftlicher Randvermerk vom 19. März 1938 im Auswärtigen Amt, LLA Dok. 6321/E 471 504 (Mikrofilmkopie). Der bedeutsame Randvermerk ist erstmals entschlüsselt und abgebildet bei Geiger, Liechtenstein 1938, 17.

⁵⁹ Stellungnahme Ribbentrops vom 19. März 1938, LLA Dok. 317/192 022 f. (Mikrofilmkopie), und Erlass Ribbentrops vom 25. März 1938, LLA Dok. 1204/331 739-745. – Vgl. Geiger, Liechtenstein 1938, 18.

falls tolerieren.⁶⁰ So hätte denn die Schweiz ihre Grenzschutz- und Zollorgane bei einem liechtensteinischen Anschluss beziehungsweise einem deutschen Einmarsch ins Fürstentum sogleich auf die schweizerische Grenze an Rhein und Luziensteig zurückgezogen.⁶¹

Warum Hitler und Ribbentrop – entgegen der anschlussgierigen Haltung der SS bei der Volksdeutschen Mittelstelle und von Goebbels – Liechtenstein vorläufig nicht anschliessen wollten, hat verschiedene Gründe. Einmal war Liechtenstein völlig unbedeutend. Ein erzwungener Anschluss hätte zu diesem Zeitpunkt noch die deutsche Friedenspropaganda gestört und zudem Schwierigkeiten mit der Schweiz gebracht. Denkbar ist auch ein persönlicher Einfluss: Am Tag, bevor sich Ribbentrop in Berlin mit der liechtensteinischen Anschlussfrage befasste, hatte er noch in Wien (am 15. März 1938) mit Hitler der Truppenparade beigewohnt, und dabei hatte auf der Tribüne neben Ribbentrop niemand anders als der fürstlich-liechtensteinische Kabinettsdirektor Josef Martin gesessen.⁶²

Im Lande selber hatten sich die zwei Parteien (Vaterländische Union und Fortschrittliche Bürgerpartei) in den gleichen Tagen unter dem Eindruck der Gefahr auf eine Beteiligung der Opposition an der Regierung, auf Proportoren in Ämtern und Landtag und auf gemeinsames Festhalten an der Selbstständigkeit des Landes und am Vertragsverhältnis zur Schweiz geeinigt. Wie offen und unsicher für manche alles noch war, zeigt die Tatsache, dass der VU-Parteipräsident und Landtagsvizepräsident Dr. Otto Schaedler noch am Abend des Tages, an dem er in Vaduz die provisorische Vereinbarung zum Parteienfrieden auf den genannten Grundlagen mit unterzeichnet hatte, nach Berlin fuhr, dort anderntags bei der Volksdeutschen Mittelstelle um Unterstützung für den Plan, in Liechtenstein ein nationalsozialistisches System einzurichten, warb und dann, heimgekehrt, sich wieder hinter die Parteienvereinbarung stellte und eine Woche später im öffentlichen Landtag sich zur Selbstständigkeit des Landes bekannte.⁶³ Fürs erste war das Ländchen einem Anschluss knapp entronnen.

⁶⁰ Telegramm Weizsäcker vom 18. März 1938 an den deutschen Gesandten in Bern, Köcher, LLA Dok. 1204/331732 (Mikrofilmkopie).

⁶¹ Geiger, Liechtenstein 1938, 12 f. – Beschluss des Bundesrates in der Sitzung vom 24. März 1939 BA Bern, Bundesrats-Protokoll. Vgl. Senn, Mobilmachungsmassnahmen, 5, 13 Anm. 8.

⁶² Interview des Verfassers mit Fürst Franz Josef II. vom 19. August 1988. – Vgl. den bei Küng, 11, auszugsweise zitierten schweizerischen Geheimdienstbericht von Hans Hausmann vom Mai 1938, dort ist von einem «Vertreter des Fürstenhauses» die Rede. Vgl. Schönherr, 121.

⁶³ Geiger, Liechtenstein 1938, 20–22. – Walk, 395 f. – Carl, 435. – Krebs, 553 f.

b) Anschlussputsch 1939

Am 31. März 1938 gründeten die über die Entwicklung enttäuschten liechtensteinischen Nationalsozialisten die «Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein». Sie war in einer ersten, ein Jahr dauernden Phase aktiv durch Mitgliederwerbung, Versammlungen, Hakenkreuzabbrennen und im Herbst 1938 durch Bölleranschläge gegen von Juden bewohnte Häuser. Geleitet wurde die Bewegung vom «Landesleiter» Ing. Theodor Schädler, LKW-Betriebsleiter.⁶⁴

Schliesslich versuchte die «Volksdeutsche Bewegung» am 24. März 1939 einen Anschlussputsch, angespornt durch den nur drei Wochen zuvor erfolgten offiziellen Besuch von Fürst und Regierungsspitze bei Hitler in Berlin und durch Hitlers erst 10 Tage zurückliegenden Einmarsch in die Tschechoslowakei. Die Aktion war mit der SA in Feldkirch abgesprochen. Diese wollte, verstärkt durch NSKK, in Liechtenstein einrücken. Das Putschvorhaben misslang. Es war vorzeitig gerüchteweise bekannt geworden. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Alois Vogt konnte – in Absprache mit dem Eidgenössischen Politischen Departement – in Feldkirch schon am Mittag des Putschtages das Einschreiten der Vorarlberger Behörden erlangen. Am Abend machte Vogt den Führern der «Volksdeutschen Bewegung» klar, dass der Gewalt mit Gewalt begegnet würde. An drei Orten – in Schaan, in Nendeln und in Triesen – versammelten sich an jenem Abend zusammen gegen 100 Anhänger der Bewegung. Sie waren mit Ausnahme der Führer nicht genau orientiert, sie wussten aber, dass man nach Vaduz marschieren und dort den Anschluss ans Reich, mindestens den wirtschaftlichen, fordern wolle. Die in Triesen versammelten Anschlussleute erwarteten mit Bestimmtheit den deutschen Einmarsch auf halb elf Uhr abends. In Schaan waren unterdessen alarmierte Gegner der Nationalsozialisten ebenfalls zusammengeströmt und hatten begonnen, die in einem Haus versammelten «Volksdeutschen» zu belagern. Als dies die noch in Nendeln beratenden Anführer erfuhren, setzten sie den in Nendeln im «Löwen» wartenden Haufen der Unterländer Bewegungsanhänger nach Schaan in Marsch, die Anführer selber fuhren mit dem Auto voraus dorthin. Hier wartete beim «Bierkeller» eine grössere Menge von Gegnern. Regierungsrat und Landtagspräsident Anton Frommelt, der dem Zug der Marschierer auf einer Erkundungsfahrt zur Schaanwälder Grenze zweimal

⁶⁴ Vgl. Geiger, Liechtenstein 1938, 24, 32.

unerkannt begegnet war, stellte sich dem Unterländer Haufen eingangs Schaan, im Besch-Rank, entgegen. Er konnte den gegen 40 Mann (und 1 Frau) starken Trupp – die Anführer der «Volksdeutschen» waren nicht bei ihnen – schliesslich zur Umkehr nach Nendeln veranlassen. In Triesen warteten unterdessen die dortigen Putschisten bis nach Mitternacht, ohne zu erfahren, warum nichts geschah. In Schaan spitzte sich im Verlaufe der Nacht die Konfrontation zwischen den Gegnern der in einem Haus versammelten «Volksdeutschen», zu denen der «Landesleiter» mit der engeren Führung gestossen war, zu. Regierungschef-Stellvertreter Vogt, Regierungsrat Pfarrer Frommelt und nach Mitternacht auch der von Lugano herbeigeeilte Regierungschef Hoop suchten die Lager zu beruhigen und einen Gewaltausbruch zu verhindern. Gegen Morgen nahm die Regierung schliesslich die verbliebenen 18 Putschisten in Haft.⁶⁵

Der Putsch war gescheitert. Entscheidend war dabei gewesen, dass von deutscher Seite aus die Reichsführung nicht in die Putschaktion involviert war. Verschiedene informelle Drähte ins Reich, so auch über Bankier Strack zu Staatsminister Otto Meissner und von diesem noch in der Putschnacht zu Hitler selber,⁶⁶ trugen dazu bei, dass von Berlin aus die österreichischen wie die liechtensteinischen Putschisten keinen Sukkurs erhielten. Hitler rüffelte anschliessend den Gauleiter von Tirol und Vorarlberg, Franz Hofer.⁶⁷

Der Widerstandswille der Bevölkerung und der Regierung war beim Putschversuch ebenfalls manifest geworden. Nicht nur hatten sich am Putschabend über hundert Personen in Schaan spontan zum aktiven Widerstand bereitgestellt – darunter die Rover – und hatten die Regierungsmitglieder der beiden Koalitionsparteien (FBP und VU) sich gegen die Putschisten gestellt und gemeinsam jene Vorhaben gestoppt und vereitelt. In der auf den Putsch folgenden Woche lancierte die «Heimattreue Vereinigung Liechtenstein», die seit Januar 1939 gegen landesverräterisches Trei-

⁶⁵ LLA RF 190/95. – LLA GS 72/64. – Dokumente aus dem privaten Nachlass von Ferdinand Nigg, Regierungsssekretär und Regierungschef-Stellvertreter (freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Prof. Ernst Nigg, Vaduz). – Interview des Verfassers mit a. Regierungschef Dr. h. c. Alexander Frick, Schaan, vom 1. Juni 1988. – Interview des Verfassers mit a. Polizeichef Hermann Meier, Vaduz, vom 28. Juni 1989 – BA Bern, 2001 (E), Nr. 1969/262, Sch. 12, B. 14.21. Liecht. 2.14.

⁶⁶ Siehe die Zusage von Hans Otto Meissner, dem Sohn von Staatsminister Otto Meissner, im L. Vo. vom 8. März 1990: «Wie die Freiheit des Fürstentums Liechtenstein gerettet wurde». Die Episode ist glaubwürdig; einige Angaben bedürfen der Korrektur.

⁶⁷ Interview des Verfassers mit Fürst Franz Josef II. vom 19. August 1988.

ben wirkte, eine Unterschriftenaktion, in deren Zuge sich 95,47% aller liechtensteinischen stimmberechtigten Männer – es unterschrieben 2 492 von total 2 610 Stimmberechtigten – für Beibehaltung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit des Fürstentums und für Verbleiben bei den Verträgen mit der Schweiz aussprachen:

«Die Unterzeichneten erklären hiemit mit eigenhändiger Unterschrift feierlich, dass Sie geschlossen auf dem Boden der Selbständigkeit und Unabhängigkeit unseres Heimatlandes unter dem Fürstenhause von Liechtenstein und der Beibehaltung der Wirtschaftsverträge mit der Schweiz stehen».⁶⁸

Dies war ein überdeutliches Verdikt gegen jeden politischen oder wirtschaftlichen Anschluss an Hitlerdeutschland.

Die «Volksdeutsche Bewegung» war nach dem Putsch immobilisiert. Für über ein Jahr war sie kaum mehr aktiv. Vor Weihnachten des Jahres 1939 – Hitler hatte inzwischen den Krieg entfesselt – wurden die letzten Putschisten aus der Haft ins Reich entlassen und das Gerichtsverfahren suspendiert. Es wurde nach dem Krieg wieder aufgenommen, die Putschführer wurden verurteilt.⁶⁹

c) Als Annex der Schweiz in Hitlers Visier

Für die Zeit nach dem Putsch und dann den ganzen Krieg hindurch behandelte Hitlerdeutschland Liechtenstein als Annex der Schweiz. Für das Ländchen bestand während der ganzen Kriegszeit immer Gefahr, wenn und soweit solche der Schweiz drohte. Dies war potentiell die ganze Zeit hindurch der Fall, Angriffsstudien gegen die Schweiz lagen unter dem Kennwort «Tannenbaum» ab 1940 bereit. Akut war die deutsche Überfallsgefahr vor allem von Mai bis Juli 1940, als Hitler Frankreich niederwarf

⁶⁸ LLA RF 190/196. Ein Teil der Unterschriftenbogen enthält auch den in der ursprünglichen Fassung gegebenen Zusatz zum obigen Text: «... und jedwede andere politische und wirtschaftliche Neuorientierung strikte ablehnen». Dieser noch verpflichtendere Schluss wurde auf Wunsch von Regierungschef-Stellvertreter Dr. Alois Vogt und VU-Parteiobermann Dr. Otto Schädler in einem Teil der Unterschriftenbogen weggelassen, um eine breite Unterschriftenleistung zu ermöglichen; Unterschriftenbogen mit entsprechendem Vermerk, LLA Dokumentensammlung (1939). – Siehe Abbildung in «Liechtenstein 1938–1978», 29.

⁶⁹ LLA GS 72/64.

und für kurze Zeit die Schweiz – Liechtenstein inklusive – direkt ins Visier nahm,⁷⁰ und dann nochmals im März 1943, als die Kriegslage sich für Deutschland verschlechterte.

Es war klar, dass im Falle eines Sieges Hitler die Schweiz und Liechtenstein ans Tausendjährige Reich angeschlossen hätte oder jedenfalls als Satellitengebiet im «neuen Europa» hätte aufgehen lassen. Im letzteren Falle wäre Liechtenstein, das ja bis 1866 zur deutschen Staatengemeinschaft gehört hatte, wohl dennoch dem Reich ganz einverleibt worden. Diese Perspektiven für Liechtenstein, unter der Annahme eines deutschen Sieges nämlich, boten denn auch eine Grundlage der nationalsozialistischen «volksdeutschen» Anschlussbewegung im Lande selber, wenigstens solange die deutschen Heere siegen.

d) Anschlussziel der «Volksdeutschen Bewegung»

Von innen heraus betrieb die «Volksdeutsche Bewegung in Liechtenstein» ab Juni 1940 – Frankreich war geschlagen – und unter neuer, akademischer Leitung weiter den Anschluss. Die Führung der Bewegung hatten nun der «Landesleiter» Dr. Alfons Goop, Reallehrer, Dipl. Ing. Martin Hilti, Unternehmer, Dr. Sepp Ritter, Tierarzt, und Dr. Hermann Walser, Arzt, inne. Ab Oktober 1940 verkündeten sie das nationalsozialistische Programm für Liechtenstein im «Kampfblatt» der Bewegung, das den Titel «Der Umbruch» trug und bis zum Verbot im Juli 1943 erschien.⁷¹

Nach aussen forderten die «Volksdeutschen» einerseits die Einführung des nationalsozialistischen Systems in Liechtenstein in allen Bereichen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, andererseits aber direkt und öffentlich

⁷⁰ Siehe die 1990 erschienene Artikelreihe von Uner. – Siehe auch *Bonjour*, Bd. IV, 174 ff., und *Bonjour*, Bd. V, 62 ff. – Vgl. Braunschweig, 259 ff., 292 ff. – Hans Senn, «1939–1945: Warum blieb die Schweiz verschont?» in: *Tages-Anzeiger* (Zürich) vom 3. Okt. 1989. – Peter Geiger, «Pourquoi Hitler n'occupa pas le Liechtenstein», in: *L'essor* (Yverdon) 1989, no. 9, 6 f. – Peter Geiger, «Am Rande des Strudels», in: *Dufour* (Schaffhausen) Nr. 3, 1990, 56–63.

⁷¹ Die Zeitung «Der Umbruch» erschien vom 5. Okt. 1940 bis zum 6. Juli 1943. Nach mehreren Verwarnungen und einem befristeten Verbot Ende 1942 wurde der «Umbruch» schliesslich von der Regierung am 8. Juli 1943 fortan verboten, ebenso einige Nachfolgenummern im Juli 1943 und eine nochmalige und letzte «Umbruch»-Ausgabe (Nr. 247) im Febr. 1944. Schriftleiter war Martin Hilti von Okt. 1940 bis Ende 1942, danach kurz Dr. Alfons Goop Febr./März 1943, Franz Roeckle vom März bis Juli 1943, schliesslich 1944 formell noch Johann Foser.

nur den «Wirtschaftsanschluss» des Landes ans Reich.⁷² Intern indes war, wie dokumentarisch klar nachzuweisen ist, das «Endziel» der «Totalanschluss» an Hitlerdeutschland. In einem Exposé des Landesleiters vom 25. Februar 1941 zuhanden einer deutschen Stelle in Berlin heisst es über die Zielsetzung der «Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein» offen und deutlich:

- «1. Die Volksdeutsche Bewegung fordert ein rückhaltlos offenes Bekenntnis zu unserem deutschen Volke. Liechtenstein ist unsere Heimat, Deutschland ist unser Vaterland.
2. Wir fordern die nationalsozialistische Welt- und Wirtschaftsordnung für unser Land.
3. Wir fordern einen Anschluss an Deutschland.»⁷³

Den Totalanschluss könne die Bewegung nur deshalb noch nicht öffentlich vertreten, weil dies als «sogenannter »Vaterlandsverrat« gewertet würde und die Bewegung dadurch illegal wäre. Zum Schlusse heisst es:

«Wir hoffen, dass es möglich sein wird, das Ländchen in würdiger Form und in absehbarer Zeit dem deutschen Vaterlande zurückzugeben. Wir Volksdeutsche Liechtensteiner sehen mit tiefem Vertrauen auf den Führer und seine tapferen Soldaten...»⁷⁴

Einem von der Bewegung ausgehenden gewaltsamen Anschluss – etwa in Wiederholung des 1939er Putschversuchs – stand der Landesleiter aber ablehnend gegenüber; es sei vielmehr Sache des Reiches – sprich Hitlers – und des Fürsten, über Zeitpunkt und Art eines Anschlusses zu entscheiden. Radikalere Kräfte in der Bewegung freilich drängten auf rasche «Herbeiführung einer Entscheidung» zu einem Anschluss. Ein wichtiges Motiv der liechtensteinischen «volksdeutschen» Anschlussbefürworter wuchs aus der Überzeugung, das arme Ländchen sei aus der wirtschaftlichen Dauerkrise nur durch «Eingliederung in den grossdeutschen Raum» zu retten.⁷⁵ Gerade das Kriegsjahr 1940 war für Liechtenstein wirtschaftlich schwierig.

⁷² Umbruch Nr. 11 vom 14. Dez. 1940. – Statuten der «Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein» vom 19. Dez. 1938, LLA GS 72/64, und neue Statuten vom 14. Juni 1940, LLA GS 78/358.

⁷³ «Liechtenstein, das letzte Reichsfürstentum, Schicksal einer deutschen Landschaft», LLA GS 78/358 (Dok. G).

⁷⁴ Ebenda.

⁷⁵ Ebenda.

Dies war noch in einer Kriegsphase, als die deutschen Heere Europa beherrschten und siegreich weiter vordrangen. Wie dann aber die «Volksdeutsche Bewegung» im Lande selber seit dem Frühjahr 1941 in der Auseinandersetzung mit Gegnern des Nationalsozialismus Rückschläge erlitt und nachdem ab 1942/43 der Krieg sich zu Ungunsten Hitlers wendete, wurde in der «Volksdeutschen Bewegung» weniger vom Anschluss gesprochen. Die meisten Mitglieder glaubten schliesslich nicht mehr an einen liechtensteinischen Anschluss und waren in der zweiten Kriegsphase froh, dass er sich nicht hatte verwirklichen lassen.⁷⁶

Hinter dem Anschlussstreben der «Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein» stand einerseits die Übereinstimmung mit der nationalsozialistischen Ideologie für Staat und Gesellschaft, andererseits aber auch – in neuem Rock – der alte Zweifel an der eigenen Kraft des Ländchens, Arbeit und Brot für alle zu schaffen. Dem in Deutschland erstehenden gleissend Neuen, Sozialen, Grossen, Mächtigen – so glaubten die liechtensteinischen Nationalsozialisten – gehöre die Zukunft. Liechtenstein und die Schweiz müssten früher oder später zu dieser grösseren Zukunft stossen und in ihr aufgehen. Es ist bekannt, auf welcher menschenverachtenden, verbrecherischen Basis jenes zum Vorbild genommene System und Regime Hitlers beruhte und wie der Wahn endete.

Liechtenstein blieb schliesslich knapp vor dem Anschluss und dessen Glanz und Elend verschont, dank einer grossen, nicht angesteckten, «heimattreuen»⁷⁷ Mehrheit des Volkes, dank der geschickten Aussenpolitik unter Regierungschef Hoop, mit Anlehnung an die Schweiz und freundlicher Neutralität gegenüber Deutschland, dank aber auch und vor allem der Kleinheit des Ländchens, welches dem Reich eine spezielle Aktion «Blau-rot» gegen Liechtenstein nicht wert schien. Von Grossdeutschland als Annex der Schweiz behandelt, verdankte Liechtenstein seine Bewahrung vorab auch der Tatsache, dass die Schweiz nicht besetzt wurde, und damit der in dieser Hinsicht erfolgreichen schweizerischen Politik, letztlich aber, übers ganze gesehen, dem für Grossdeutschland ungünstigen Kriegsverlauf, dank den alliierten Anstrengungen und Opfern.

⁷⁶ Diverse Interviews des Verfassers mit ehemaligen Mitgliedern der «Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein».

⁷⁷ «Heimattreu» umschrieb damals die Haltung aller, die dem Nationalsozialismus widerstanden und sich für die Selbständigkeit des Landes einsetzten; z. B. LLA RF 190/196.

13. Fazit: «Anschluss» als Topos der liechtensteinischen Geschichte

«Anschluss» ist in der liechtensteinischen Geschichte erst mit der Anschlussgefahr in der Zeit des Nationalsozialismus zu einem eigentlichen Topos, einem allgemein verwendeten Begriff mit bestimmter, zentraler, ja existentieller und moralischer Bedeutung geworden. Die geradezu traumatische Erfahrung mit Perspektive und Gefahr eines Anschlusses an Hitlerdeutschland in den sieben Jahren von 1938 bis 1945 prägt Liechtenstein mental bis heute.

Die in den obigen Kapiteln gebotene Übersicht über Anschlussideen und Anschlussgefahren für Liechtenstein in der jahrhundertelangen Geschichte des Landes mag auch die Anschlusserfahrung in eine breitere, historische Perspektive setzen, indem das Spezifische daran ebenso sichtbar wird wie der Traditionsfaden, in den auch sie geknüpft ist.

Abschliessend lassen sich folgende Feststellungen, im Sinne von überblickenden Ergebnissen, treffen:

1. Liechtenstein war in seiner Geschichte immer wieder Anschlusskonzepten von aussen und innen ausgesetzt. Dies war vor allem eine Folge der Kleinheit. Ein so kleiner Staat lebt auch in dieser Hinsicht immer eine gefährdete Existenz.
2. Von aussen waren es Arrondierungsgelüste Grösserer, die nach Liechtenstein auszugreifen suchten, sei es durch Kauf, durch Mediatisierung oder durch Eroberung.
3. Von innen förderten Selbstzweifel Anschlussvorstellungen in Form von Ängsten wie von Wünschen. Dies war 1848/49 sowie ab 1938 der Fall, freilich unter je völlig verschiedenen Vorzeichen.
4. Anschlusswünsche oder -befürchtungen waren in Liechtenstein auch immer eine Funktion des Umfeldwandels: Sie kamen in Liechtenstein immer dann auf, wenn die Umwelt in Bewegung geriet und sich Grenzen und Herrschaft in der engeren und weiteren Nachbarschaft verschoben. Dies war zur Zeit Napoleons und des Wiener Kongresses, dann wieder im Zug der versuchten deutschen Einigung 1848/49, erneut nach dem Ersten Weltkrieg infolge des Zusammenbruchs der Donaumonarchie und schliesslich ab 1938 durch die neue grossdeutsche Nachbarschaft und den Weltkrieg der Fall. Not der Gegenwart und Spekulationen in die zukünftige Entwicklung nährten dann jeweils Anschlussgedanken und -ängste.

Anschlussgefahren

5. Für die Selbstaufgabe-Tendenzen und für die Zollanschlüsse waren fast durchgehend wirtschaftliche Nöte, Wünsche und Ziele ausschlaggebend.
6. Der Tendenz nach wandte sich Liechtenstein anschlussuchend immer dorthin, wo die wirtschaftliche Zukunft lag oder zu liegen schien. Dies galt auch für die anschlussbereiten liechtensteinischen Nationalsozialisten und deren Sympathisanten, soweit sie wirtschaftlich motiviert waren.
7. Von Seiten der schweizerischen Eidgenossenschaft wie von Seiten des alten und neuen Österreich war Liechtenstein in seiner Geschichte nie wirklichen Anschlussgefahren ausgesetzt, weder im Sinne einer von dort ausgehenden Annexionsgefahr noch im Sinne einer ernsthaften liechtensteinischen Tendenz zum Aufgehen in Österreich oder in der Schweiz. Anschlussgefahren für Liechtenstein gingen von süddeutschen (bayerischen) und grossdeutschen Einigungs- oder Expansionsbestrebungen aus, in deren Magnetfeld das kleine Fürstentum wie Österreich aus geschichtlichen Gründen lag.
8. Latente, dauernde Vollanschluss Tendenzen – vergleichbar etwa solchen in Vorarlberg in Richtung Bayern bzw. Schwaben und vor allem nach 1919 in Richtung Schweiz – gab es in der liechtensteinischen Geschichte nicht, ausser in den Jahren nach 1938. Nie aber, auch nach 1938 nicht, wünschte ein wirklich substantieller Teil des liechtensteinischen Volkes selber einen Totalanschluss an ein Nachbarland.
9. Mit der im 19. Jahrhundert voranschreitenden Liberalisierung des Wirtschaftsverkehrs war das kleine Land in Gefahr, in wirtschaftlicher Isolation zu ersticken. Seit 1852 bis heute – mit kurzer Unterbrechung 1919–1923 – lebt Liechtenstein mit einem Wirtschafts-Anschluss, bis 1919 mit Österreich-Ungarn, seit 1923 mit der Schweiz. Diese kündbaren Zollanschluss- und weiteren Verträge schufen völkerrechtlich nur Interdependenz, faktisch aber wegen der Asymmetrie der Vertragspartner liechtensteinische Abhängigkeit, Dependenz. Aber zugleich war damit seit 1852 und neu seit 1923 eine wesentliche Voraussetzung gerade für die staatliche Eigenexistenz des kleinen Fürstentums geschaffen.
10. Die staatliche Selbständigkeit Liechtensteins war – mehr als in grösseren Kleinstaaten – wegen der grossen Kleinheit des Landes ständig neu zu behaupten. Die besondere Kleinheit hat sich indes auch als wichtiger, gewissermassen «biotopischer» Schutzfaktor für Liechtensteins Fort-

bestand, zusammen mit dem politischen Selbständigkeitswillen im Lande, erwiesen.

Die Anstrengungen und Schritte Liechtensteins seit 1945 und bis in die Gegenwart, sich wirtschaftlich wie aussenpolitisch multilateral abzusichern und international zu behaupten – zwischen der Schweiz und Österreich, europaweit etwa in der EFTA, im Europarat und im KSZE-Prozess, global schliesslich in der UNO –, sind hier nicht weiter verfolgt. In einiger Zukunft wird man rückblickend in den Bemühungen und Unsicherheiten im Hinblick auf die Integration in einem angestrebten gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und einer eventuell erweiterten Europäischen Gemeinschaft (EG) auch den mehrfarbigen Faden des «Anschluss»-Topos wieder weiter verfolgen können.

Unwägbarkeiten der Gegenwart in bezug auf die Zukunft galten auch für die jeweilige «Gegenwart» in der Geschichte Liechtensteins, wenn man einen Total- oder Teilanschluss des Ländchens befürchtete oder erwog. So mag die Erfahrung unserer eigenen Gegenwart für einmal auch die Vergangenheit besser verstehen helfen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

I. Quellen

1. Archivquellen (Signaturen im einzelnen in den Fussnoten)

a) Liechtensteinisches Landesarchiv, Vaduz (zit. LLA)

- Regierungsakten 1848/49, 1852, 1863, 1938 ff.
- Landtagsakten 1862/63, 1927 ff.
- Gerichtsakten 1938 ff.
- Peter Kaiser Akten
- Schädler Akten
- Gesetzessammlung
- Dokumentensammlung (zit. Dok.), darin u. a. Mikrofilmkopien von Liechtenstein betreffenden Dokumenten von Regierungs- und Parteistellen des Deutschen Reiches 1938 ff.

b) Hausarchiv des regierenden Fürsten von Liechtenstein, Wien (zit. HAL Wien)

- Akten zum Fürstentum 1847-1868

c) Schweizerisches Bundesarchiv, Bern (zit. BA Bern)

- Akten zu Liechtenstein 1938/39, 1945-1948

d) Privater Nachlass Ferdinand Nigg, Regierungschef-Stellvertreter und Regierungssekretär, Vaduz (mit freundlicher Genehmigung von Prof. Ernst Nigg, Vaduz)

- Diverse Dokumente

2. Gedruckte Quellen

a) Amtliche gedruckte Quellen

- Rechenschaftsberichte der liechtensteinischen Regierung, 1922 ff. (jährlich)
- Liechtensteinisches Landesgesetzblatt (LGBL.)

b) Zeitungen:

- Liechtensteinische (Liechtensteiner) Landeszeitung, 1863-1868
- Liechtensteiner Volksblatt, seit 1878
- Oberrheinische Nachrichten, 1914-1924
- Liechtensteiner Nachrichten, 1924-1935
- Liechtensteiner Heimatdienst, 1933-1935
- Liechtensteiner Vaterland, seit 1936
- Der Umbruch, 1940-1943/(44)

c) Quellenwerke

Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945, Aus dem Archiv des Auswärtigen Amtes, Serie D (1937-1941), Bde. I-XIII, Baden-Baden 1953-1970. (In Bd. V, 567-571, und Bd. VI, 146 f., Dokumente zu Liechtenstein.) (Zit. ADAP.)

Peter Geiger

- «Anschluss» 1938, Eine Dokumentation, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1988 (zit. «Anschluss» 1938).
- Bonjour, Edgar, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bände VII-IX: Dokumente 1939–1945, Basel und Stuttgart 1974–1976.
- Erinnerung an Peter Kaiser und Karl Schädler, Feier in der Paulskirche zu Frankfurt 1983, Kleine Schriften des Verlags der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft, Vaduz 1984 (darin eine Sammlung von Dokumenten-Auszügen).
- Liechtenstein 1938–1978, Bilder und Dokumente, hg. von Robert Allgäuer, Norbert Jansen und Alois Ospelt, Vaduz 1978 (dazu Registerband, Vaduz 1988) (zit. «Liechtenstein 1938–1978»).
- Stenographischer Bericht über die Verhandlungen der deutschen constituirenden Nationalversammlung zu Frankfurt am Main, hg. von Franz Wigard, 9 Bände, Frankfurt a. M. 1848/49 (zit. Stenographischer Bericht).
- Wanner, Gerhard, 1938 – Der Anschluss Vorarlbergs an das Dritte Reich, Lochau am Bodensee 1988 (zit. Wanner, Anschluss).

3. Mündliche Quellen

Interviews des Verfassers mit einer Reihe von Zeitzeugen.

II. Literatur

- Bonjour, Edgar, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bde. III-VI, 2. (z. T. 3.-5.), durchgesehene Aufl., Basel und Stuttgart 1971 ff.
- Braunschweig, Pierre-Th., Geheimer Draht nach Berlin, Die Nachrichtenlinie Masson-Schellenberg und der schweizerische Nachrichtendienst im Zweiten Weltkrieg, Zürich 1989.
- Carl, Horst, Liechtenstein und das Dritte Reich, Krise und Selbstbehauptung des Kleinstaates, in: Press/Willoweit, 419–464 (zit. Carl, Drittes Reich).
- Carl, Horst, Vom Handlungsspielraum eines Kleinstaates, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1989 Nr. 8, 486–493 (zit. Carl, Handlungsspielraum).
- Chorherr, Thomas (Hg.), 1938-Anatomie eines Jahres, Wien 1987.
- Dobras, Werner, Vorarlberger Anschlussbestrebungen an Württemberg und Bayern, in: Eidgenossen helft, 191–203.
- Dreier, Werner / Pichler, Meinrad, Vergebliches Werben, Misslungene Vorarlberger Anschlussversuche an die Schweiz und an Schwaben (1918–1920), Bregenz 1989.
- «Eidgenossen helft euern Brüdern in der Not!» Vorarlbergs Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten 1918–1922, Mit Beiträgen von Ingrid Böhler und anderen, hg. vom Arbeitskreis für regionale Geschichte, Feldkirch 1990 (zit. Eidgenossen helft).
- Geiger, Peter, Geschichte des Fürstentums Liechtenstein 1848 bis 1866, in: JBL Bd. 70, Vaduz 1970, 5–418, und als Sonderdruck Schaan 1971 (zit. Geiger, Geschichte).
- Geiger, Peter, Liechtenstein im Jahre 1938, in: JBL Bd. 88, Vaduz 1990, 1–36, und als Sonderdruck (zit. Geiger, Liechtenstein 1938).

Anschlussgefahren

- Geiger, Peter, Liechtenstein in der Paulskirche, in: Erinnerung an Peter Kaiser und Karl Schädler, Feier in der Paulskirche zu Frankfurt 1983, Kleine Schriften des Verlags der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft, Vaduz 1984, 5–17 (zit. Geiger, Paulskirche).
- Geiger, Peter, Die liechtensteinische Presse und Vorarlbergs Anschlussbestrebungen, in: Eidgenossen helft, 95–114 (zit. Geiger, Vorarlberg).
- Goop, Adolf Peter, Liechtenstein gestern und heute, Vaduz 1973.
- Hager, Arthur, Aus der Zeit der Zoll- und Wirtschaftsunion zwischen Österreich und Liechtenstein von 1852–1919, in: JBL Bd. 61, Vaduz 1961, 25–58.
- Hilti, Roland, Die Loslösung Liechtensteins von Österreich und der Zollvertrag mit der Schweiz 1923, in: Eidgenossen helft, 115–122.
- Jahrbuch des Historischen Vereins für das Fürstentum Liechtenstein, Bände 1–88, Vaduz 1901 ff. (zit. JBL).
- Kaiser, Peter, Geschichte des Fürstenthums Liechtenstein, Nebst Schilderungen aus Chur-Rätien's Vorzeit, Chur 1847. Als Faksimile-Nachdruck auch Ruggell 1983. (Zit. Kaiser.)
- Kaiser, Peter, Geschichte des Fürstenthums Liechtenstein nebst Schilderungen aus Chur-rätien's Vorzeit, Zweite, verbesserte Auflage, besorgt von Johann Baptist Büchel, Vaduz 1923 (zit. Kaiser-Büchel).
- Kaiser, Peter, Geschichte des Fürstenthums Liechtenstein, 1847, Neu herausgegeben von Arthur Brunhart, Bd. 1 Text, Bd. 2 Apparat, Vaduz 1989 (zit. Kaiser-Brunhart I, II).
- Krebs, Gerhard, Zwischen Fürst und Führer, Liechtensteins Beziehungen zum «Dritten Reich», in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 1988 Nr. 9, 548–567.
- Küng, Heribert, Rheingrenze 1945, St. Gallen, Liechtenstein und Vorarlberg am Ende des Zweiten Weltkrieges, Buchs 1989 (unter dem Titel «Die Ostschweiz und das Ende des Zweiten Weltkrieges in Vorarlberg» bereits in der Zs. «Montfort» 1972 veröffentlicht).
- Liebmann, Maximilian, Der Papst – Fürst von Liechtenstein, Ein Vorschlag zur Lösung der Römischen Frage aus dem Jahre 1916, in: JBL Bd. 85, Vaduz 1985, 229–250.
- Liechtenstein, Eduard von, Liechtensteins Weg von Österreich zur Schweiz, Eine Rückschau auf meine Arbeit in der Nachkriegszeit 1918–1921, Vaduz o.J. (1946).
- Malin, Georg, Die politische Geschichte des Fürstentums Liechtenstein in den Jahren 1800–1815, in: JBL Bd. 53, Vaduz 1953, 5–178.
- Ospelt, Alois, Wirtschaftsgeschichte des Fürstentums Liechtenstein im 19. Jahrhundert, in: JBL Bd. 72, Vaduz 1972, 5–423. Dazu Anhang mit Dokumenten (im Separatdruck veröffentlicht).
- Press, Volker / Willoweit, Dietmar (Hg.), Liechtenstein – Fürstliches Haus und staatliche Ordnung, Vaduz – München – Wien 1988, mit Beiträgen von Ernst Böhme und anderen (zit. Press/Willoweit).
- Quaderer, Rupert, Politische Geschichte des Fürstentums Liechtenstein von 1815 bis 1848, in: JBL Bd. 69, Vaduz 1969, 5–241.
- Raton, Pierre, Le Liechtenstein, Histoire et institutions, 2^e éd., Genève 1967 (dt. Vaduz 1969). (Zitiert nach der frz. Ausgabe.)
- Schönherr, Margit, Vorarlberg 1938, Die Eingliederung Vorarlbergs in das Deutsche Reich 1938/39, Dornbirn 1981.

- Seger, Otto, Fürstabt Rupert Bodmann von Kempten und sein Wirken für unser Land, in: JBL Bd. 78, Vaduz 1978, 183–201 (zit. Seger, Bodmann).
- Seger, Otto, Fünfzig Jahre Zollvertrag Schweiz-Liechtenstein, in: JBL Bd. 73, Vaduz 1973, 5–58 (zit. Seger, Zollvertrag).
- Senn, Hans, Mobilmachungsmassnahmen 1938/39 im Lichte der Bedrohung, Vortragsmanuskript, (Bern) 1989.
- Steininger, Rolf, Die Anschlussbestrebungen Deutschösterreichs und das Deutsche Reich 1918/19, in: Eidgenossen helft, 65–83.
- Stievernann, Dieter, Geschichte der Herrschaften Vaduz und Schellenberg zwischen Mittelalter und Neuzeit, in: Press/Willoweit, 87–128.
- Urner, Klaus, Juni 1940 – Hitlers Krieg gegen die Schweiz hatte schon begonnen, Artikelreihe in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 126, 131, 137, 143, 149, 2./3. Juni – 30. Juni/1. Juli 1990.
- Urner, Klaus, «Die Schweiz muss noch geschluckt werden!» Hitlers Aktionspläne gegen die Schweiz, Zürich 1990.
- Walk, Joseph, Liechtenstein 1933–1945, Nationalsozialismus im Mikrokosmos, in: Büttner, Ursula (Hg.), Das Unrechtsregime, Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. I: Ideologie – Herrschaftssystem – Wirkung in Europa, Hamburg 1986, 376–425.
- Walser, Harald, Die illegale NSDAP in Tirol und Vorarlberg 1933–1938, Wien 1983.
- Wanner, Gerhard, Zur Geschichte der Feldkircher NSDAP (1923–1939), in: Vorarlberger Oberland, Kulturinformationen der Rheticus-Gesellschaft (Feldkirch) Heft 1/2 März 1988, 5–24 (zit. Wanner, Feldkircher NSDAP).
- Wanner, Gerhard, Die Auswirkungen der Kündigung des österreichisch-liechtensteinischen Zollvertrages auf die vorarlbergisch-liechtensteinischen Beziehungen zwischen 1919 und 1924, in: JBL Bd. 73, Vaduz 1973, 59–109 (zit. Wanner, Zollvertrag).
- Witzig, Daniel, Die Vorarlberger Frage, Die Vorarlberger Anschlussbewegung an die Schweiz, territorialer Verzicht und territoriale Ansprüche vor dem Hintergrund der Neugestaltung Europas 1918–1922, 2. Aufl., Basel und Stuttgart 1974.
- Zaugg-Prato, Rolf, Die Schweiz, die Vorarlberg-Frage und der österreichische Anschlussgedanke an Deutschland 1918–1922, in: Eidgenossen helft, 55–64.